

SMI 8410 -1,0%	⇒ 1 Euro 1.21 Franken -0,0%
SPI 8330 -1,0%	↓ 1 Dollar 0.91 Franken -0,3%
Euro Stoxx 50 3073 -1,4%	↑ 1 kg Gold 37431 Franken +0,6%
Dow Jones 16493.37 -0,4%	↓ 1 Fass Öl 105 Dollar -1,4%

Rückzug aus Basel als Entlastung

Basel. Die Ablösung der beiden Swiss-Jumbolinos in Basel durch Jets der Airline Eurowings soll die Schweizer Lufthansa-Tochter entlasten. **Seite 31**

Argentinien manövriert sich erneut in die Pleite

Kritiker werfen der Regierung in Buenos Aires Versagen in der Wirtschaftspolitik vor

Von Klaus Ehringfeld, Cali

Geschichte wiederholt sich eben doch. Und im Fall von Argentinien auf eine ebenso dramatische wie unnötige Weise. Zum zweiten Mal in 13 Jahren ist die drittgrösste Volkswirtschaft Südamerikas praktisch pleite. Nach gescheiterten Verhandlungen zwischen einer argentinischen Delegation unter Vorsitz von Wirtschaftsminister Axel Kicillof und den Hedge-Funds, die als Altgläubiger von argentinischen Staatsanleihen einen Schuldenschnitt verweigerten, trat das Land am Donnerstag um null Uhr New Yorker Zeit in den faktischen Staatsbankrott. Im Unterschied zum letzten Zahlungsausfall (Default) 2001/2002 ist das Land aber nicht im eigentlichen Sinn pleite, sondern darf nur seine Verbindlichkeiten aufgrund eines US-Gerichtsurteils nicht mehr bedienen (siehe Text und Chronologie auf dieser Seite).

Die Auswirkungen auf das öffentliche Leben dürften auch anders als vor 13 Jahren gering sein. Für das südamerikanische Land wird es jetzt vor allem schwieriger, sich auf den internationalen Finanzmärkten Kapital zu beschaffen. Ratingagenturen wie S&P stellten die Titel des Landes auf Ramsch. Fitch stufte Argentinien gestern erwartungsgemäss als «eingeschränkten Zahlungsausfall» ein. Der sogenannte «technische Zahlungsausfall» macht zudem fast alle Verhandlungserfolge zunichte, die Argentinien in jüngster Zeit mit anderen Gläubigern erzielt hatte.

Rendite von über 1500 Prozent

Die Last-Minute-Gespräche, die sich in New York über zwei Tage hinzogen, waren gescheitert, weil nach Worten Kicillofs die «Geier-Fonds» das Angebot für einen Beitritt zu den Schuldenschnitt-Vereinbarungen von 2005 und 2010 ablehnten und auf die volle Auszahlung beharrten. Dies könne man als unethisches Verhalten brandmarken, weil die Fonds die Anleihen zu einem niedrigen Preis einkauften und nun die Auszahlung des vollen Nennwerts verlangen, was eine Rendite von über 1500 Prozent ausmacht. 1,5 Milliarden Dollar hatten sie gefordert, die volle Anleihe schuld, vereinbart in der Zeit vor Argentinien's erstem Staatsbankrott 2001.

Der Wirtschaftsminister betonte, im Fall Argentinien's könne nicht von Zahlungsausfall gesprochen werden, da das Land seinen Schuldverpflichtungen nachkomme. Bloss eben zu den Konditionen, die Buenos Aires will und die mit erheblichen Einbussen für die Gläubiger verbunden sind.

So schlimm wie 2002 dürfte es Argentinien dieses Mal weder politisch, noch sozial oder wirtschaftlich ergehen. Das Chaos, das vor über einem Jahrzehnt binnen einer Woche vier Präsidenten zum Rücktritt zwang, Dutzenden Menschen das Leben kostete, zu



Vor dem Aus. Im kommenden Jahr wählt Argentinien. Die heutige Präsidentin Cristina Fernández Kirchner darf dann nicht mehr antreten. Foto Keystone

einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um über zehn Prozent führte, die Mittelschicht verarmen und die Armen im Elend versinken liess, wird sich vermutlich nicht wiederholen.

Schon jetzt ist Argentinien weitgehend von den Kapitalmärkten abgeschnitten und spielt an den Anleihenmärkten keine grosse Rolle, sodass der Default auch keine weltumspannenden Auswirkungen entfalten dürfte. Allerdings werden der Peso und in seinem Abwärtszug auch andere lateinamerikanischen Währungen an Wert verlieren. Anders ist dieses Mal auch die Frontstellung. Richtete sich damals die Wut der Menschen gegen die Politiker im eigenen Land, sind jetzt die raffigierigen «Geier-Fonds» die Buhmänner.

Dennoch trifft die Pleite das Land in einem Moment der Schwäche und der Parallelen zwischen dem aktuellen und dem historischen Bankrott. Argentinien befindet sich erneut in einer politischen und ökonomischen Krise. Seit Ende vergangenen Jahres steckt das Land in einer Rezession, dennoch steigt die Inflation und dürfte dieses Jahr einen historischen Höchststand von 40 Prozent erreichen. Industrieproduktion, Einzelhandel und Baugewerbe vermelden

schrumpfende Zahlen im zweiten Quartal, und der Totalabsturz des argentinischen Peso ist nur mit rigider Devisenkontrolle zu verhindern.

Kritik an Kirchner

Einen Grossteil zum Drama hat die seit 2007 regierende linke Präsidentin Cristina Fernández Kirchner mit ihrer Politik beigetragen. Kritiker werfen der Staatschefin vor, sie spalte das Land und setze zu sehr auf Protektionismus und Kontrolle der Wirtschaft. Ähnlich wie der grosse Nachbar Brasilien schützt Argentinien seine Produktion durch hohe Importschranken. Manche dieser Hürden sind fast absurd: Seit einigen Jahren müssen deutsche Hersteller von Luxusautos, die ihre Wagen nach Argentinien exportieren wollen, im Gegenzug Wein, Leder oder Reis kaufen. Tun sie es nicht, lässt der Zoll ihre Autos nicht ins Land.

Nächstes Jahr wird in Argentinien gewählt. Kirchner kann dann nicht mehr antreten. Aber sie hinterlässt ihrem Nachfolger das sprichwörtliche faule Ei im Nest. Ein Land, das chronisch an Devisen knappst, sich aber kein Geld mehr an den internationalen Märkten leihen kann.

US-Bundesrichter pocht auf weitere Verhandlungen

Gespräche als einziger Ausweg aus der Schuldenkrise

Von Renzo Ruf, Washington

Ein US-Bundesrichter spricht ein Machtwort: Der «einzige Ausweg» aus der argentinischen Schuldenkrise seien direkte Verhandlungen zwischen den Streitparteien, verkündete Thomas Griesa gestern in New York. Und weiter: die argentinische Regierung müsse weiterhin für ausstehende Forderungen aufkommen, auch wenn Buenos Aires in den Augen der internationalen Gemeinschaft diese Woche zum zweiten Mal nach 2001 Zahlungsunfähigkeit angemeldet habe. «Es gab keinen Bankrott, kein Insolvenzverfahren. Die Schulden sind immer noch da», sagte Griesa gemäss der Nachrichtenagentur Reuters während einer eiligst einberufenen Gerichtsanhörung.

Dieses Machtwort stärkt die Position der amerikanischen Spekulanten, die letztlich für die missliche Lage verantwortlich sind, in der sich die Regierung in Buenos Aires seit dem 30. Juni befindet. Hedge-Funds unter der Führung des Investmentvehikels NML Capital weigerten sich nach dem letzten Bankrott Argentinien's, in einen Schuldenschnitt einzuwilligen – weil sie sich billig mit argentinischen Staatspapieren eingedeckt hatten und auf Millionenprofite spekulierten. Richter Griesa gab den Spekulanten im Jahr 2012 recht. Argentinien müsse alle seine Schuldner gleichbehandeln, entschied er.

In der Praxis bedeutete dieser Richterspruch: Solange Buenos Aires sich weigert, die amerikanischen Spekulanten zu entschädigen – mit rund 1,5 Milliarden Dollar –, darf Argentinien auch den übrigen Gläubigern keine Dividenden auf Staatspapiere zahlen. Eine ent-

sprechende Transaktion, die über die Bank of New York Mellon hätte abgewickelt werden sollen, wurde vor Monatsfrist durch Griesa blockiert. Die Zahlung an Inhaber von Anleihen im Wert von 28 Milliarden Dollar wäre spätestens am 30. Juli fällig gewesen.

In den Augen der Argentinier gilt Griesa aufgrund solcher Entscheide als «Agent» der amerikanischen Hedge-Funds. Das ist blanke Polemik. Prozessbeobachter mit einem langen Atem – das Verfahren in New York dauert seit 2008 an – erinnerten in den vergangenen Tagen daran, dass Griesa anfänglich immer wieder Urteile zugunsten der Argentinier gefällt habe. Buenos Aires habe die Chance aber nicht genutzt und das direkte Gespräch mit den Spekulanten ausgeschlagen. Deshalb habe Griesa seine Geduld verloren.

Vermittler wird attackiert

Griesa ordnete gestern an, dass die Verhandlungen unter der Ägide des Mediators Daniel Pollack in New York weitergehen sollen. Der Vermittler ist in den Augen der Regierung in Buenos Aires parteiisch und «inkompetent». Griesa wies diese Kritik gestern zurück und rief den Rechtsvertreter Argentinien's dazu auf, sich zu beruhigen.

Auf dem Tisch liegt angeblich ein Angebot eines internationalen Bankenkonsortiums unter der Führung von JP Morgan Chase, das die Staatspapiere der Hedge-Funds übernehmen will, um Argentinien eine Verschnaufpause einzuräumen. Der Hedge-Fund Aurelius Capital Management liess verlauten, bisher vorliegende Angebote privater Investoren seien einer «ernsthaften Prüfung» nicht wert.

Chronologie

- **23. Dezember 2001.** Argentinien erklärt sich für zahlungsunfähig. Damit nimmt die bislang grösste Staatspleite der zeitgenössischen Geschichte ihren Lauf.
- **3. März 2005.** Erste Umschuldung: Für 76 Prozent der ausstehenden Forderungen gibt es einen Schuldenschnitt.
- **23. Juni 2010.** Zweite Umschuldung: Damit sind 92,4 Prozent der ausstehenden Schulden mit erheblichen Verlusten für die Anleger umstrukturiert.
- **22. November 2012.** Der New Yorker Richter Thomas Griesa verurteilt Argentinien, bis zum 15. Dezember

- 1,3 Milliarden Dollar plus Zinsen an die Hedge-Funds NML Capital und Aurelius für Anleihen zu zahlen.
- **16. Juni 2014.** Argentinien scheidet mit einer Berufung vor dem Obersten US-Gerichtshof. Griesa's Urteil steht.
- **30. Juni 2014.** Weil Griesa Argentinien untersagt, andere Anleihen zu bedienen, bis die Schulden bei den Hedge-Funds beglichen sind, kann das Land Zinsen nicht bezahlen.
- **30. Juli 2014.** Argentinien schafft es nicht, sich innerhalb der 30-tägigen Frist mit den Hedge-Funds zu einigen. Damit befindet sich Argentinien «technisch» erneut in einer Staatspleite.

Indien torpediert weltweite Handelsordnung

Abkommen zu Zollformalitäten scheitert am Widerstand aus Delhi – WTO nach dem Aus geschwächt

Von Christian Mihatsch, Bangkok

Delhi hat sein Wort gebrochen. Bis zum Schluss weigerte sich Indien einem Vertrag zuzustimmen, den es bereits unterschrieben hatte: Im Dezember haben die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) ein Abkommen geschlossen, um Zollformalitäten weltweit zu standardisieren. Doch nun ist dieses Abkommen über technische Handelserleichterungen (TFA) am Widerstand Indiens gescheitert. Im Hintergrund steht ein Streit über die – wohl illegalen – Agrarsubventionen Indiens, für die die neue Regierung in Delhi zeitgleich mit dem TFA eine permanente Regelung beschliessen wollte. Dabei hatte man sich ursprünglich darauf verständigt, erst bis 2017 eine Lösung für das Problem der Subventionen finden zu wollen.

«Mein Gefühl ist, dass dies nicht einfach ein weiterer Aufschub ist, der igno-

riert oder mit einem neuen Zeitplan aufgefangen werden kann», so WTO-Chef Roberto Azevêdo. Das Scheitern werde Konsequenzen haben. «Und mir scheint, dass diese Konsequenzen schwerwiegend sein werden.»

Problematisch ist nun nicht, dass die WTO eine selbstgesetzte Frist verpasst hat. Diesen Prozess hat die Organisation bereits 27 Mal durchlaufen. Das Problem sei vielmehr, dass Indien den Grundsatz von Treu und Glauben gebrochen habe, wie Delegierte sagten. Die Bereitschaft in der Welthandelsorganisation, auf Indien zuzugehen, dürfte sich daher auch nach der einmonatigen Sommerpause in Grenzen halten. So betonte etwa die EU: «Wir sind nicht bereit, über grundlegende Elemente oder den Zeitplan zu verhandeln.»

In diesem Klima wachsen mittlerweile grundsätzliche Zweifel, ob innerhalb der WTO überhaupt neue Handels-

erleichterungen ausgehandelt werden können: «Die heutige Entwicklung zeigt, dass es nur wenig Hoffnung gibt, wirklich globale Verhandlungen über Handelsfragen zu führen», sagte etwa Jake Colvin vom Foreign Trade Council der USA. Die grosse Mehrheit der Länder, die ernsthaftes Interesse an modernisierten Handelsregeln habe und bereit sei, Versprechen zu halten, müsse «nun die Scherben zusammenkehren».

USA und EU spannen zusammen

Eine Möglichkeit ist, das Abkommen ohne Indien als «plurilaterale» Übereinkunft umzusetzen. Gemäss einem australischen Delegierten denkt eine Kerngruppe von WTO-Mitgliedern wie die USA und die EU über eine solche Lösung nach. Es habe sich eine echte Diskussion darüber entwickelt.

Viele Länder wie China oder Brasilien haben bereits begonnen, die TFA-

Regeln in ihre nationale Gesetzgebung zu integrieren. Und die WTO hat bereits einen Fonds aufgesetzt, der den ärmsten Ländern helfen soll, ihre Zollbehörden an die neuen Abläufe anzupassen. Trotzdem befürchtet Azevêdo, dass letztlich die Ärmsten die Zeche zahlen werden: «Wenn das System nicht richtig funktioniert, dann sind die kleinsten Länder die grössten Verlierer. Es wäre ein tragisches Resultat für diese Volkswirtschaften.»

Zu den Verlierern könnte allerdings auch Indien gehören: Ohne einen Beitritt zum TFA könnte das Land wegen seiner Agrarsubventionen verklagt und von der WTO bestraft werden. Darauf wies US-Aussenminister John Kerry bei seinem derzeit stattfindenden Indienbesuch hin: Wenn Indien nicht unterschreibe, seien die Subventionen an die eigene Landwirtschaft mit der WTO nicht mehr konform.

ANZEIGE

Mitglied der TREUHANDKAMMER

Ratgeber

Experfina AG
St. Alban-Anlage 46 | CH-4010 Basel
www.experfina.com